

Wolfgang Ehrenlechner, Jahrgang 1981, gelernter Bankkaufmann, war von 2002-2006 ehrenamtlicher KLJB-Diözesanvorsitzender in München und ist seit 2007 hauptamtlicher KLJB-Bundesvorsitzender.



Foto: KLJB Bundesstelle

Erneuerbare Energien einzige Alternative

Interview mit Wolfgang Ehrenlechner, Bundesvorsitzender der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB), zu den Chancen der Energiewende, Hindernissen bei der Umsetzung und den Plänen der Bundesregierung

Warum haben Sie als KLJB das Thema erneuerbare Energien aufgegriffen?

Ehrenlechner: Als katholischer Jugendverband fühlen wir uns der Schöpfung verpflichtet und setzen uns für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt für heutige und künftige Generationen ein. Erneuerbare Energien sind die einzige Alternative zu Atomstrom und Kohlekraft. Die bei der Kernspaltung freiwerdende Radioaktivität stellt – für die nächsten Jahrtausende – ein unkalkulierbares Risiko dar, das untragbar ist. Die Gewinnung von Energie aus Kohle und Erdöl ist immer mit dem Ausstoß von klimawirksamen Treibhausgasen verbunden. Nur durch eine deutliche Reduktion dieser Treibhausgase kann der globale Temperaturanstieg auf maximal 2°C begrenzt und dadurch die Folgen des weltweiten Klimawandels eingeschränkt werden.

2050 hat Deutschland die Energiewende geschafft. Was hat sich dabei für die ländlichen Räume verändert? Welche Chancen bringt die Energiewende dem Land?

Ehrenlechner: In unserer Vision sind ländliche Räume im Jahr 2050 die Grundlage der deutschen Energieversorgung. Nahezu alle kleinen Dörfer und Gemeinden versorgen sich selbst und die Region mit Strom und Wärme. Windkraft- sowie Fotovoltaikanlagen prägen das Landschaftsbild, aber auch Biogasanlagen, die organische Abfälle als Kraftstoff nutzen, stellen die Energieversorgung sicher. Lokale Handwerksbetriebe installieren, warten und reparieren die Anlagen. Die Landwirt/-innen profitieren von den Anlagen auf ihren Grundstücken, die Bürgerinnen und Bürger können sich an Energiegenossenschaften beteiligen.

Wo Licht ist, ist auch Schatten. Welche jetzigen und künftigen Belastungen für den ländlichen Raum gilt es zu vermeiden?

Ehrenlechner: Derzeit wird eine der größten Herausforderungen häufig in der Öffentlichkeit diskutiert: der Netzausbau. Es gilt, diesen auf ein Minimum zu beschränken und bestehende Strukturen zu nutzen. Vor allem gilt es, Energie dort verfügbar zu machen, wo sie benötigt wird.

Stichwort Stadt-Land-Beziehungen: Wie können sich ländliche Kommunen und Städte bei der Energiewende gegenseitig ergänzen? Wo liegen jeweils die Stärken?

Ehrenlechner: Künftig werden die umliegenden ländlichen Regionen Städte mit Energie v. a. in Form von Strom, aber auch mit Wärme und Biogas, versorgen. Außerdem müssen die Stadt-

Land-Beziehungen durch einen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs verbessert werden, wodurch der Energiebedarf verringert werden kann.

Wo sehen Sie die derzeit größten Hindernisse für eine zügige Umstellung des Energiesystems?

Ehrenlechner: Derzeit stellt die Politik die größte Hürde für die Energiewende dar. Die Planungen zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) führen dazu, dass vor allem große Konzerne profitieren werden. Ein großes Problem ist auch, dass die Energiewende von Politik und Medien häufig nur unter dem Aspekt steigender Strompreise betrachtet wird. Dabei sind die Strompreise im Vergleich zu Heizkosten und den Preisen für PKW-Kraftstoffe in den letzten Jahren vergleichsweise wenig gestiegen. Und weil mehr als 2 000 energieintensive Unternehmen durch Sonderregelungen teilweise von der EEG-Umlage befreit sind, werden die Kosten der Energiewende ungleichmäßig verteilt.

Wie kann die Energiewende hin zu 100 % erneuerbaren Energien in Deutschland gelingen, ohne im Konflikt Tank oder Teller stecken-zubleiben bzw. die Flächen anderer Staaten für unseren Energiebedarf zu beanspruchen?

Ehrenlechner: Durch Effizienz und Suffizienz. Durch technische Fortschritte können Geräte, die z. B. mit Strom betrieben werden, bei geringerem Energieeinsatz die gleiche Leistung erbringen. Durch Suffizienz sind aber noch größere Einsparungen zu erzielen. Dafür sind ein Umdenken in der Bevölkerung und der Verzicht auf Technik notwendig.

Die KLJB fordert, dass Strom für alle bezahlbar bleiben muss. Aber ist Strom überhaupt schon teuer genug, um Rebound-Effekte zu verhindern? Wie lassen sich solche Rebound-Effekte vermeiden?

Ehrenlechner: Es gibt tatsächlich zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass jemand, der auf effizientere Technik umsteigt, das neue Gerät dann häufiger nutzt. Aber es kann auch anders aussehen: So ist der Stromverbrauch von Verbraucher/-innen, die Ökostrom beziehen, im Durchschnitt deutlich geringer als der Stromverbrauch derjenigen, die konventionellen Strom nutzen. Deshalb ist Aufklärungsarbeit wichtig – und ein Umdenken weg vom Massenkonsum. Diejenigen, denen bewusst ist, dass Energie und andere Ressourcen begrenzt sind, gehen auch sorgsamer damit um.

Sind es die erneuerbaren Energien, die den Strom teuer machen?

Ehrenlechner: Nein, Strom aus Onshore-Windkraftanlagen ist heute z. T. preiswerter als aus Steinkohle- und Gaskraftwerken. Die Subventionen, die im Laufe der Jahrzehnte in Atomkraft und Kohlestrom geflossen sind, machen diese scheinbar günstig. Hinzu kommt, dass durch das sog. Fracking das weltweite Angebot an Erdgas zugenommen hat und dies die Preise drückt. Fracking ist aber ökologisch fragwürdig und stellt deshalb keine Alternative zu erneuerbaren Energien dar.

Glauben Sie, dass die neue Bundesregierung die Energiewende voranbringen wird? Bei welchen Aspekten erwarten Sie von ihr mehr Engagement?

Ehrenlechner: Ein Aspekt des Koalitionsvertrags, der für uns sehr vielversprechend ist, ist das TopRunner-Modell, das z. B. bereits in Japan genutzt wird. Dabei gilt das effizienteste Gerät seiner Klasse als Maßstab dieser Gerätekategorie. Der Rest des Koalitionsvertrages und auch die bisherigen Pläne zur Reform des EEG bieten wenig Grund zur Hoffnung. Sog. Ausbaukorridore bremsen die Energiewende, die Ausbauziele sind ambitionslos. Kohlekraftwerke gelten als vorerst unverzichtbar für die große Koalition, dabei ist ein Kohleausstiegsgesetz dringend notwendig, um Klimaschutz und Energiewende erfolgreich zu gestalten.

Eine vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien ist möglich, doch es bedarf der Zusammenarbeit von Politik, Industrie und Bürger/-innen, damit dieses Ziel in absehbarer Zukunft Wirklichkeit wird. Kleingeistige, persönliche Interessen müssen in den Hintergrund rücken. Das gemeinschaftliche Ziel einer zukunftsfähigen, klimaneutralen Energieversorgung muss Grundlage der Entscheidungen sein.

■ ASG

